

Der Antrag der SPD-Fraktion findet nicht die Zustimmung aller Fraktionen, wiewohl alle sich für den Erhalt des Bolzplatzes aussprechen. Ratsmitglied Frau Sarstedt gibt eine Stellungnahme für ihre Fraktion ab. Sie legt dar, dass der Antrag nicht der richtige Weg sei. Das im Antrag formulierte Handeln könne bei Bund und Ländern nicht erreicht oder erwartet werden.

Der Rat solle beschließen, dass er sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt des Bolzplatzes einsetzen wolle. Nach Ausräumung der bestehenden Hindernisse, wie Gespräche mit der Bundesbahn, Erstellung eines Schallgutachtens, sollen mit allen Beteiligten Gespräche geführt werden, in denen der konfliktfreie Betrieb der Anlage geregelt werden soll. Zudem soll sich der Schul- und Sportausschuss in seiner nächsten Sitzung dieses Themas annehmen. Dies alles soll Gegenstand eines Antrags sein.

Die FDP-Fraktion bewertet den Antrag „als zu hoch aufgehängt“ und wird ihn nicht mittragen. Für Ratsmitglied Lauert von der UWG-Fraktion ist der Antrag der richtige Weg.

Nach ausführlicher Aussprache, in der auch verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung der Katholischen Pfarrgemeinde beraten werden, unterbricht Bürgermeister Töpfer die Sitzung, um dem als Zuhörer anwesenden Pater Bergers Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Der Vorschlag von Bürgermeister Töpfer, alle Beteiligten zusammen zu bringen und zu versuchen, eine juristische Lösung herbeizuführen, findet seine Zustimmung. Es wird aber deutlich gemacht, dass es wohl schwierig sein werde, bei der Kreisverwaltung eine Meinungsänderung zu erreichen.

Nach mehr als einstündiger Aussprache fasst der Rat folgenden

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis <b>einstimmig</b>
Der Rat der Gemeinde Marienheide erklärt seine Unterstützung zur Erhaltung des Bolzplatzes. Er beauftragt den Bürgermeister, mit allen Verfahrensbeteiligten Gespräche zu führen und dabei zu versuchen, einen für alle tragbaren Konsens herbeizuführen.	

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zurückgezogen. Zur nächsten Ratssitzung soll in Abstimmung mit den anderen Fraktionen eine Formulierung für eine neue Resolution gefunden werden, die vom kompletten Rat mitgetragen wird.